

# Unterrichtsplanung II

## Umbrüche im arabischen Raum

Christine Kraxberger	0721104	<a href="mailto:christine.kraxberger@stud.sbg.ac.at">christine.kraxberger@stud.sbg.ac.at</a>
Raphaela Strasser	0821072	<a href="mailto:raphaela.strasser@stud.sbg.ac.at">raphaela.strasser@stud.sbg.ac.at</a>
Bianca Walter	0820845	<a href="mailto:biancamagdalena.walter@stud.sbg.ac.at">biancamagdalena.walter@stud.sbg.ac.at</a>

## Inhalt

1. Inhaltsanalyse .....	2
1.1. Allgemeines.....	2
1.2. Tunesien .....	5
1.3. Ägypten.....	6
1.4. Libyen .....	7
1.5. Bahrain.....	10
1.6. Weitere Staaten .....	12
1.7. Flüchtlingsströme nach Europa – wie gehen wir damit um? .....	13
1.8. Zeitlicher Ablauf .....	15
2. Lehrplanbezug: .....	17
2.1. Einordnung in den Lehrplan der Oberstufe: .....	18
2.2. Bezug zur Unterstufe - Vorkenntnisse: .....	19
3. Lernziele .....	20
4. Verlaufsplanung: .....	21
5. Arbeitsaufträge und Materialien.....	24
5.1. Stichworte sammeln: .....	24
5.2. Partnerarbeit: .....	24
5.3. Diskussion:.....	24
„Tag der Reinigung und des Gerichts“ .....	26
Sturz Ben Alis war nur der Anfang, nun wird es erst richtig schwer .....	28
USA erwägen Bewaffnung libyscher Rebellen .....	30
6. Quellenverzeichnis: .....	32

# 1. Inhaltsanalyse

Seit Wochen dominieren in der Medienberichterstattung (neben den Nachrichten über die neuesten Entwicklungen in Japan) die Ereignisse in der arabischen Welt. Ausgehend von Tunesien haben sich Proteste breiter Volksmassen gegen die (autoritär) Herrschenden, ihre Vertrauten und die bestehenden Regime ausgebreitet, die oftmals seit vielen Jahren an der Macht sind und kein Interesse daran hatten, an diesem Umstand etwas zu ändern. Einen Eindruck davon, wie flächendeckend diese Bewegungen mittlerweile sind, vermittelt unter anderem eine auf der Homepage von DER STANDARD Ende März veröffentlichte Karte (s. Abb. 1).

<http://images.derstandard.at/2011/03/25/1297943566592.jpg>

Abb. 1: Nordafrika und Nahost – Region im Aufruhr (DERSTANDARD.AT 2011a)

Wichtig ist unserer Meinung nach, gerade bei diesem Thema nicht zu ignorieren, dass es in den betroffenen Staaten stets Anhänger und Befürworter beider Seiten gibt und dass sich für viele Entscheidungen und Handlungen (z.B. das Eingreifen des „Westens“ in Libyen) sowohl Pro- als auch Kontraargumente finden lassen. Wir legen Wert darauf, dass es nicht nur „schwarz“ und „weiß“, sondern auch viele Zwischenstufen gibt.

Bevor wir uns weiter vertiefen, möchten wir kurz auf die Bezeichnung „arabische Welt“ eingehen. Die Staaten, die als arabisch bezeichnet werden, weisen Ähnlichkeiten, etwa im Bezug auf Sprache, Kultur und Religion, aber auch Unterschiede, beispielsweise bei den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen, auf. BOUZID (2011:9) betrachtet in seiner Studie „Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Sudan, Jordanien, Palästina, Libanon, Syrien, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Oman und Jemen“ als arabische Staaten. Definitionen der arabischen Welt decken sich aber nicht immer zur Gänze.

## 1.1. Allgemeines

Vor den jüngsten Ereignissen war die Situation in der arabischen Welt lange Zeit relativ unverändert. Bis auf wenige Ausnahmen beziehungsweise Sonderfälle (Israel, Libanon,

Palästina, Türkei) gab es in allen Staaten der Region autoritäre Systeme, wobei dem Herrscher besondere Bedeutung zukam. Einen kurzen Überblick über die verschiedenen Herrscher bieten Abbildung 2 und 3.

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,536836,B>

Abb. 2: Autoritäre Langzeitherrscher und Monarchien in der arabischen Welt (NACHRICHTEN.AT 2011a)

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,558217,B>

Abb. 3: Langzeitdespoten in der arabischen Welt (NACHRICHTEN.AT 2011b)

Über 40 Jahre lang hatte kein politischer Systemwechsel stattgefunden. Die autoritären Herrschaftssysteme waren in den arabischen Staaten stabil. Auch die vollzogenen Veränderungen, beispielsweise Wirtschaftsreformen, können als Anpassungsprozesse der autoritären Regime an neue Gegebenheiten und nicht als Ansätze zu Demokratisierungsprozessen gesehen werden (JOSUA 2010; KREITMEYR & SCHLUMBERGER 2010). KREITMEYR und SCHLUMBERGER (2010) identifizierten vier Hauptursachen für die Beständigkeit autoritärer Regime im arabischen Raum:

- **Ökonomische Ursachen:** Rund zwei Drittel der weltweit bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommen liegen im Vorderen Orient. Die Exporterlöse aus diesen Rohstoffen mussten zum Großteil nicht mehr investiert werden, sondern konnten von den Staaten anderwärtig verwendet werden. Selbst arabische Staaten ohne große Rohstoffreserven kamen durch Transitgebühren für Pipelines, finanzielle Zuwendungen der erdölreichen Staaten der Region usw. zu Kapital. Das vorhandene Geld konnte einerseits genutzt werden, um der Bevölkerung verschiedene staatliche Dienstleistungen (z.B. Bildung) kostenlos zur Verfügung zu stellen, andererseits wurden für die Herrschenden wichtige Gruppen (Militär, Unternehmer usw.) mit Privilegien loyal gehalten. Die Regime „erkauften“ sich ihre Legitimität über einen langen Zeitraum hinweg (KREITMEYR & SCHLUMBERGER 2010).
- **Politische Faktoren:** Neben den offiziellen politischen Institutionen (politische Parteien, Parlamente...) existierten informelle Klientelbeziehungen und Abhängigkeitsnetzwerke, die mindestens ebenso viel Einfluss hatten. Auf Grund verschiedener Hintergründe trugen diese Umstände ebenfalls zur Stabilisierung der existierenden Systeme bei. Wichtig waren die Finanzströme, die

dank der ökonomischen Situation zur Verfügung standen. Die Chancen auf eine Transformation von innen heraus stuften KREITMEYR und SCHLUMBERGER 2010 als sehr gering ein (KREITMEYR & SCHLUMBERGER 2010).

- **Gesellschaftliche Faktoren:** Parallel zum politischen System dominierten auch in der Gesellschaft patriarchale Sozialstrukturen. Die existierenden Prinzipien im Bezug auf Organisation und Interaktion begünstigten Demokratisierungsprozesse nicht. Großfamilien hatten eine entscheidende Bedeutung und innerhalb derer lag die Macht beim Familienoberhaupt. Obwohl in diesem Bereich auch in den arabischen Staaten zunehmend Veränderungen zu beobachten waren, blieben die beschriebenen Sozialstrukturen nach wie vor dominant (KREITMEYR & SCHLUMBERGER 2010).
- **Internationale Faktoren:** Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung der enormen Rohstoffreserven dieser Region legte die internationale Staatengemeinschaft großen Wert auf politische Stabilität. Damit waren gerade westliche Staaten allerdings mit einem Zielkonflikt konfrontiert: *wirtschaftlich und geopolitisch sinnvolle Stabilisierung der Region* (und somit ihrer Regime) versus *Unterstützung von Demokratisierungsprozessen* (was die Absetzung der autoritären Regime beinhaltet und eine unsicherere und instabilere Periode bedeutet). Ersteren Überlegungen wurde der Vorzug gegeben: Vor allem die westlichen Industrienationen bemühten sich um Systemstabilisierung, die Demokratieförderung kam erst an zweiter Stelle (KREITMEYR & SCHLUMBERGER 2010).

Anders als KREITMEYR und SCHLUMBERGER noch 2010 vermuteten, ist die Stabilität der autoritären Regime in der Region (zumindest im Moment) nicht mehr gegeben. W. BATOR (2011) sieht als Ursachen der Unruhen in vielen arabischen Staaten vor allem sozial-ökonomische Aspekte, darunter Arbeitslosigkeit, immer größere Unterschiede zwischen Armen und Reichen, Korruption, Verschwendung des nationalen Reichtums und fortschreitende Verarmung breiter Schichten. Diese Punkte würden zwar für alle betroffenen Länder gelten, Verlauf, Dauer und Ergebnisse der Proteste hingen aber sehr stark von der Situation im jeweiligen Staat ab. SALEM von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden betont, dass Faktoren wie Wirtschaftsprobleme und Unterdrückung schon länger existierten. Die Frage müsse also eigentlich nicht lauten, warum es auf einmal in so vielen Staaten zu Aufständen gekommen sei, sondern warum das nicht schon viel früher geschah. Als bedeutenden Aspekt bei der Verbreitung der Proteste sieht er die Rolle des arabischen Fernsehens und der neuen Medien (LEIDHOLDT 2011).

W. BATOR (2011) betont, dass es sich bei den sozialen Unruhen in den verschiedenen Staaten noch nicht automatisch um Revolutionen handelt – dazu wäre eine Veränderung der Machtstruktur und der sozialen Verhältnisse nötig, die er aber in der zweiten Märzhälfte noch nicht gegeben sieht.

## 1.2. Tunesien

Wie oben bereits angedeutet, waren in Tunesien tatsächlich die Wut des Volkes aufgrund der Tatsache, dass es nicht vom zunehmenden Wohlstand des Landes profitierte und vor allem die Arbeitslosigkeit der Grund für den Ausbruch der sogenannten „Jasmin-Revolution“. Mohamed Bouazizi, ein junger Arbeitsloser, der ohne Genehmigung am Markt Obst verkaufen wollte, um seine Familie zu ernähren, wurde am 17. Dezember 2010 (ORF.AT 2011a:o.S.) von einer Polizistin durch eine Ohrfeige so gedemütigt, dass er sich daraufhin vor der Stadtverwaltung selbst in Brand setzte. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Islam den Selbstmord verbietet, und so selbst militante Moslems nur im äußersten Notfall diesen Ausweg wählen (AVENARIUS 2011:o.S.).

Allerdings geschah daraufhin etwas, mit dem wohl keiner rechnen konnte: die Nachricht verbreitete sich vor allem über das Internet wie ein Lauffeuer und es folgten Personen in ganz Tunesien der Aufforderung zu Protesten (AVENARIUS 2011:o.S.). Die Proteste dauerten etwa ein Monat lang, bis Präsident und Diktator Zine el-Abidine Ben Ali, der sich zuvor noch mit Zugeständnissen im Amt halten wollte, am 14. Jänner 2011 schließlich ins Exil nach Saudi Arabien floh. Doch das reichte den Tunesiern noch nicht: da in der hastig gebildeten Übergangsregierung noch immer viele treue Gefolgsleute Ben Alis saßen, gingen die Proteste so lange weiter, bis auch diese Personen die Regierung verlassen hatten (RIANOVOSTI.RU 2011:o.S.).

Neben den neuen Kommunikationstechnologien ist der Erfolg der Revolution auch dem Militär zuzuschreiben, weil es den Aufstand nicht gewaltvoll niederschlug, sondern die Bürger gewähren ließ. So konnte sich in weiterer Folge die Zentrale der Einheitsgewerkschaft UGTT als „Speakers‘ Corner“ etablieren, wo erstmals seit der Machtergreifung Ben Alis frei gesprochen werden durfte, da sich das Militär trotz bestehender Gesetze nicht einmischte und die Handlungen der Revolutionäre akzeptierte (VON RANDOW 2011:2).

Mittlerweile wird in Tunesien an der Bildung einer neuen Regierung gearbeitet. Doch auch das ist nicht einfach, da sämtliche Oppositionsparteien bisher unterdrückt wurden bzw. illegal

waren und dadurch sehr klein sind. Der Gewerkschaftsverband UGTT ist zwar sehr beliebt, aber keine Partei, die bei Wahlen antreten könnte. Fest steht lediglich, dass islamistische Parteien keinen großen Einfluss auf die Bildung der neuen Regierung haben werden, da die Religion während der gesamten Revolution keine große Rolle spielte und die Tunesier generell eine liberale Religionsauffassung pflegen (VON RANDOW 2011:3). Neben freien Wahlen steht aber auch eine erste konstituierende Nationalversammlung an, bei der eine neue Verfassung ausgearbeitet werden soll. Diese wurde von Übergangspräsident Fouad Mebazaa für Juli angekündigt und von ihr hängt wohl auch die weitere Zukunft des Landes ab (SPIEGEL ONLINE 2011:o.S.).

### 1.3. Ägypten

In Ägypten begannen die Proteste am 25. Jänner 2011. Als Vorbild diente für die Demonstranten die erfolgreiche Bewegung im nahen Tunesien. Bereits zuvor hatten vier Männer, wie Mohamed Bouazizi in Tunesien, versucht, sich selbst zu verbrennen (ORF.AT 2011b: o.S.). Die Demonstranten forderten von Anfang an neben Reformen vor allem den Rücktritt von Hosni Mubarak, dem 82-jährigen Präsidenten, der seit 30 Jahren im Amt gewesen war. Da bei den Demonstrationen mindestens 150 Menschen ums Leben kamen, wurde eine Ausgangssperre über das Land verhängt. Auch Präsident Mubarak versuchte die Lage anfangs mit Zugeständnissen zu retten und wechselte beispielsweise am 31. Jänner das Kabinett aus. Doch auch das reichte den Demonstranten nicht und sie organisierten für den ersten Februar landesweite Proteste. Daraufhin kündigte Mubarak an, bei der Präsidentenwahl im September nicht mehr antreten zu wollen und versprach bis zum Ende seiner Amtszeit auch die Durchführung von Reformen. Am darauffolgenden Tag lieferten sich Anhänger Mubaraks und Demonstranten blutige Auseinandersetzungen bei denen fünf bis 15 Menschen ums Leben kamen und hunderte verletzt wurden (RIANOVOSTI.RU 2011:o.S.).

Durch großen Druck von außen, unter anderem von den USA und der UNO, wurde es jedoch zunehmend eng für Mubarak. Am 10. Februar kündigte der Präsident eine Erklärung an. Die Ankündigung ließ die Demonstranten jedoch zu früh jubeln: Anstatt seinen Rücktritt zu verlautbaren, lehnte Mubarak diesen weiterhin strikt ab. Er gab jedoch seine Kompetenzen an den Vizepräsidenten Suleiman ab. In der Folge demonstrierten am 11. Februar wieder Millionen Menschen am Tahrir-Platz in Kairo und in ganz Ägypten. Im Laufe des Tages flog Präsident Hosni Mubarak zu seiner Villa in Scharm al-Scheich. Später erklärte Vizepräsident Suleiman, dass der Präsident zurückgetreten sei.

Die treibende Kraft der Proteste in Kairo war die Jugend. Diese war in der Politik Hosni Mubaraks stets vernachlässigt worden, obwohl 29% der Gesamtbevölkerung von 83 Millionen 15-29 Jahre alt sind. Unter ihnen gibt es viele, die gut ausgebildet sind oder sogar studiert haben und trotzdem keine Arbeit finden können. Mubarak konnte die Unzufriedenheit, vor allem aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit von 21,7%, lange durch Repressionen unterdrücken. Spät aber doch wurde den Ägyptern jedoch bewusst, dass das Mubarak-Regime für die negative Entwicklung des Landes verantwortlich war, und die Protestbewegung, die sowohl politisch als auch ökonomisch motivierte Demonstranten umfasste, forderte den Rücktritt des Präsidenten (A. BATOR 2011:1).

Laut der Einschätzung von LOEWE (2011:1) hat Ägypten allerdings nicht so große Chancen wie etwa Tunesien, dass tatsächlich eine überlebensfähige Demokratie auf die Beine gestellt wird. Dies liegt vor allem daran, dass sich die ägyptische Übergangsregierung, im Vergleich zu Tunesien, wo sie aus vielen Oppositionellen besteht, vor allem aus Militärs zusammensetzt. Die Armee würde jedoch bei einer Demokratisierung Ägyptens ihre wichtige politische Stellung verlieren, was sie doch während des Regimes Mubaraks eine zentrale Säule des politischen Systems. Er sorgte dafür, dass alle wichtigen Personen materielle Vorteile erhielten, um sie so an ihn zu binden, was dazu führte, dass viele von den Privilegierten Mubarak immer noch treu sind. LOEWE (2011:2) betont deshalb, dass es für die weitere Entwicklung im arabischen Raum von großer Bedeutung wäre, tatsächlich in absehbarer Zeit faire Präsidentenwahlen abzuhalten, was allerdings zu einem großen Teil von westlicher Ablehnung eines Militärregimes abhängt.

## 1.4. Libyen

Die Fläche dieses erdölreichsten Staates Afrikas ist mit 1,77 Mio. km<sup>2</sup> etwa fünf Mal so groß wie jene Deutschlands, dennoch ist die Bevölkerung mit 6,5 Mio. Einwohnern deutlich geringer als in Österreich und lebt zu 90% in Städten. Zu diesen Libyern kommen noch rund 1,5 Mio. Gastarbeiter aus anderen Staaten. Wie in vielen arabischen Staaten ist auch die Bevölkerung in Libyen relativ jung – fast 30% sind zwischen 15 und 24 Jahre alt.

1969 stürzte eine Gruppe von Offizieren die bestehende Monarchie in einem unblutigen Putsch - unter ihnen Muammar al-Ghaddafi. Seit damals war der „Revolutionsführer“ praktisch der Alleinherrscher. Es gab zwar verschiedene Komitees und Ähnliches, Parteien waren jedoch verboten. Die von Ghaddafi vorgeschlagene direkte Beteiligung des Volkes an der Ausübung der Macht hatte in der Praxis kaum Bedeutung. Die Mitglieder der Komitees waren zum Großteil treue Anhänger Ghaddafis und hatten einen großen Spielraum für willkürliche Handlungen. So entwickelte sich in Libyen schnell eine Parallelstruktur, die alle

Ebenen betraf und Kontrolle ausübte. Diese Struktur und das Nicht-Vorhandensein demokratischer Institutionen ermöglichten es Ghaddafi, wichtige Entscheidungen alleine zu treffen, wobei keine Einspruchsmöglichkeiten gegeben waren. Darüber hinaus platzierte er an den entscheidenden Positionen in Politik und Wirtschaft Familienangehörige.

Dank der hohen Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasexport, die 95% des Staatsbudgets abdeckten, konnten staatliche soziale Maßnahmen finanziert werden, denen „anspruchsvolle Durchschnittslöhne, niedrige Mieten, relativ stabile Preise für subventionierte Grundnahrungsmittel, zinslose Kredite für den Wohnungsbau, kostenlose medizinische Betreuung“ (W. BATOR 2011: o.J.) und kostenloser Schulbesuch zu verdanken waren. Nicht nur Tripolis, sondern auch andere Städte wurden bedacht. Es gelang, die Kluft zwischen Armen und Reichen zu verkleinern und eine relativ breite Mittelschicht zu schaffen. Bettler waren eine Ausnahmeerscheinung. Auch die Rolle der Frau wertete Ghaddafi auf. Libyen war ein relativ wohlhabender arabischer Staat mit hohem Lebensniveau. W. BATOR (2011) betont, dass sich trotz vorhandener Korruption und Bevorzugung Ghaddafi-loyaler Gruppen keine sehr reiche Oberschicht gebildet hatte und Präsentation von Luxus nicht an der Tagesordnung stand.

Ghaddafi wollte seine „Revolution“ auch in anderen Ländern verbreiten, was ihn bei den Regierungen anderer arabischer Staaten nicht gerade beliebt machte und eher in die Außenseiterrolle drängte. Im Hinblick auf afrikanische Länder war er diesbezüglich erfolgreicher. Er investierte in die Unterstützung von afrikanischen Befreiungsorganisationen, aber auch von terroristischen Organisationen. Ghaddafi vertritt die Idee der Trennung von Staat und Kirche und wandte sich gegen den radikalen Islam, was ihm die Feindschaft der Islamisten einbrachte.

Eine weitere Besonderheit Libyens ist das alte Stammessystem. Ghaddafi wollte es verändern; er versuchte, mit Geld Einfluss auf die Stämme auszuüben und die Stammestreue und bestehende Differenzen zu seinen Gunsten zu nutzen. Bei den aktuellen Ereignissen aber spiel(t)en auch die Stämme eine Rolle.

Zu Beginn hatte Ghaddafi gute Beziehungen zu den sozialistischen Staaten – der Zusammenbruch des Systems war ein harter Schlag für ihn. Im kalten Krieg wurde er als internationaler Terrorist betrachtet. Sein antiamerikanischer Standpunkt brachte ihm neben Sympathie auch die Feindschaft der USA und anderer westlicher Staaten. 2003 verzichtete der libysche „Revolutionsführer“ auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen, wodurch sich das Verhältnis zur westlichen Welt vor allem auf Grund ökonomischer Überlegungen (Erdöl!) verbesserte. W. BATOR (2011) ist der Meinung, dass die USA sich durch geschicktes Verhalten in den aktuellen Unruhen mehr Einfluss auf das erdölreiche Land erhoffen.

Auch wenn Teile der Ölaufnahmen für die Finanzierung des Staatsapparates und soziale Maßnahmen eingesetzt wurden, flossen sie großteils dennoch in Großprojekte wie Großbauten oder die Konstruktion einer riesigen unterirdischen Wasserleitung durch die Wüste – Projekte, bei denen zum überwiegenden Teil ausländische Arbeitskräfte zum Einsatz kamen. Kritiker meinen, dass das Geld besser in die produktiven Bereiche der Wirtschaft investiert und somit Arbeitsplätze geschaffen und die Abhängigkeit Libyens vom erschöpfbaren Erdöl reduziert werden hätte sollen. Die Gegenstände des täglichen Lebens werden – von Nahrungsmitteln bis hin zu technischen Geräten – fast ausschließlich importiert.

Es gab genügend Gründe für den Aufbau einer Opposition zu Ghaddafi, was in dem repressiven Polizeistaat aber große Gefahr bedeutete und Systemkritik wohl aus diesem Grund sehr gering blieb. Vor allem sozial-ökonomische Aspekte führten jetzt zum Ausbruch der Unruhen. In der großen Gruppe der 15- bis 24-Jährigen herrschte eine Arbeitslosigkeit von 30%. Dank der Unterstützung des Staates bedeutete Arbeitslosigkeit allerdings nicht automatisch Armut, zumindest nicht unter der Stadtbevölkerung. Dennoch ließen die Arbeitslosigkeit, fehlende (Berufs-)Perspektiven, das Gefühl, nicht wirklich von der wirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren, und das Leben in einem aufgezwungenen Regime, in dem Meinungsfreiheit ein Fremdwort war, gerade viele junge Menschen auf die Straße gehen (BATOR 2011; RICHTER 2011; TAGESSCHAU.DE o.J.).

Es war der 15. Februar 2011, an dem die Proteste in der arabischen Welt auch Libyen erreichten. In Bengasi, das zehn Tage später regierungstruppenlos und Rebellen-Hochburg war, ereigneten sich Zusammenstöße zwischen Aufständischen, Ghaddafi-Anhängern und der Polizei mit Toten und Verletzten. Im weiteren Verlauf kam es zu blutigen Kämpfen. Die USA beschlossen, nach etwas mehr als einer Woche Sanktionen gegen Libyen, die Vereinten Nationen entschieden sich für Strafmaßnahmen. Auch die EU verhängte am 11. März beginnende Sanktionen und es kam zur Einfrierung von libyschen Konten. Ende Februar waren die Ghaddafi-Truppen aus vielen Städten vertrieben worden und die Rebellen bildeten eine Übergangsregierung. Mit einem Luftwaffeneinsatz der Ghaddafi-Anhänger Anfang März wendete sich das Blatt wieder, Städte wurden erbittert umkämpft und die Ghaddafi-Anhänger konnten immer mehr Erfolge vermelden. Die Rebellen forderten die Errichtung einer Flugverbotszone, eine Forderung, der sich am 12. März auch die Arabische Liga anschloss, was für viele westliche Staaten entscheidende Bedeutung hatte. Am 17. März 2011 war es schließlich so weit: Der UN-Sicherheitsrat beschloss eine Flugverbotszone, sprach sich aber gegen Bodentruppen aus. Für Diskussionen sorgte die Stimmenthaltung Deutschlands. Trotz der Ankündigung eines Waffenstillstandes gingen die Angriffe der Ghaddafi-Truppen weiter, worauf die USA, Frankreich und Großbritannien mit

ersten Militärschlägen reagierten. In den folgenden Wochen setzten sich die Kämpfe zwischen Aufständischen und Ghaddafi-Truppen mit wechselnden Erfolgen fort. Zugleich führte auch der Westen die Militäroffensive zur Durchsetzung der Flugverbotszone weiter. Am 27. März 2011 verkündete die NATO eine Übernahme des Kommandos über die Aktion. Etwa zur selben Zeit erklärte nach Frankreich auch Katar den Nationalen Übergangsrat der Rebellen zum einzigen rechtmäßigen Repräsentanten Libyens. Mittlerweile haben sich auch Portugal und die Arabische Liga angeschlossen. Diesem provisorischen Nationalrat gehören 31 Oppositionsvertreter in den wichtigsten Städten des Landes an. Den Vorsitz hat der libysche Ex-Justizminister Mustafa Abdel Jalil inne – das erste Regierungsmitglied, das sich wegen der Gewaltanwendung gegen die Demonstranten von Ghaddafi abwandte.

Am 31. März verlor Ghaddafi einen weiteren Verbündeten aus seinen Reihen. Der frühere Außenminister Kussa setzte sich wegen der anhaltenden Angriffe auf die Zivilbevölkerung nach London ab. Es wurde auch bekannt, dass CIA und MI6 die libyschen Rebellen schon seit längerer Zeit mit Vorortaktionen unterstützen. Parallel zu den Kämpfen gingen sowohl von internationaler als auch von libyscher Seite die Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes weiter. Die Aufständischen betonten aber, dass sie keine Lösung akzeptieren wollen, die weiterhin eine Einbindung der Ghaddafi-Familie vorsieht.

Bis heute dauern die Kämpfe in Libyen an. Der Übergangsrat spricht von bisher 10.000 Todesopfern (ARTE JOURNAL 2011; DERSTANDARD.AT 2011D; GEHLEN 2011; ZEITONLINE 2011).

## 1.5. Bahrain

Im Königreich Bahrain, dem ärmsten der reichen Golfstaaten, ist eine sunnitische Herrscherfamilie rund um König Hamad bin Issa Al Khalifa an der Macht. Das ist insofern interessant, als die Mehrheit der Einwohner des kleinen Golfstaates schiitisch ist. Sie berichtet von Diskriminierung und schlechter Behandlung und möchte gesellschaftlich und politisch stärker partizipieren. Durch gezielte Einbürgerung sunnitischer Ausländer wird versucht, den Anteil der Sunniten zu steigern. Das Parlament besteht aus zwei Kammern. Eine davon kann seit 2002 gewählt werden. Sie besitzt jedoch kaum Macht und ihre Zusammensetzung wird durch das zielgerichtete Ziehen von Wahlgebietsgrenzen zu Gunsten der Sunniten beeinflusst. Die Mitglieder der anderen, mächtigeren Kammer werden vom König ernannt – ebenso der Ministerpräsident, der Minister und sämtliche Richter.

Die von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten inspirierten Proteste in Bahrain begannen am 14. Februar 2011 mit einem „Tag des Zorns“, wobei Internet und Mund- zu Mund-Propaganda bei der Organisation die wichtigste Rolle spielten. Die Demokratiebewegung in Bahrain wird vor allem (aber nicht nur) von schiitischen Oppositionellen getragen – die Schiiten fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Immer wieder weisen sie darauf hin, dass es nicht um einen Religionskonflikt sondern Bürgerrechte gehe und dass demokratische Veränderungen das Ziel und das iranische System kein Vorbild seien. Neben Reformen fordern sie zum Teil auch ein Ende der Monarchie und den Sturz der Herrscherfamilie. Andere Oppositionelle setzen sich für die Freilassung politischer Gefangener ein. DAMIR-GEISDORF (2011:o.S.) erklärt, dass ungeachtet der Unterschied alle Gruppen „Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit, die Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen, die Aufhebung der konfessionellen Segregationspolitik, eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, die bislang sunnitischen Wählern mehr Gewicht gibt, sowie Maßnahmen gegen Korruption, ungerechte Verteilung von Reichtum, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Wohnungsmangel“ fordern.

Mit dem „Tag des Zorns“ begann eine Reihe von Protesten, Demonstrationen, Gegendemonstrationen und gewaltsamem Vorgehen der Sicherheitskräfte, was auch zu Verletzten und sogar Toten führte.

Am 14. März 2011 marschierten (laut offizieller Zahlen) 1000 Soldaten aus (dem sunnitischen) Saudi-Arabien und 500 Polizisten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in Bahrain ein, um die Regierung in Anbetracht der großteils friedlichen Oppositionsproteste zu unterstützen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in dem kleinen Staat sieben Menschen im Zuge der Proteste getötet und zahlreiche verletzt worden. Die UNO, die USA, die sich mit einem Flottenstützpunkt in Bahrain in einer schwierigen Lage befinden und die EU übten zunächst nur leichte Kritik am Einmarsch der ausländischen Truppen, aus dem (schiitischen) Iran kamen hingegen schärfere Töne. Am 15. März 2011 wurde für drei Monate der Ausnahmezustand über Bahrain verhängt und ein Versammlungsverbot erlassen. Dennoch gingen die Proteste weiter und forderten noch am selben Tag weitere Verletzte. Darüber hinaus wurden mehrere schiitische Dörfer ohne vorhergehende Demonstrationen von Sicherheitskräften attackiert. Im Zuge der Proteste wurden hunderte Regierungsgegner verhaftet.

Einige vom Kronprinzen am Tag vor dem Einmarsch ausländischer Truppen angekündigte Zugeständnisse an die Demokratiebewegung weisen darauf hin, dass es auch innerhalb des bahrainischen Königshauses gewisse Unstimmigkeiten im Bezug auf den Umgang mit den Protesten gibt.

Auch nach dem 15. März kam es noch zu Protesten und heftigen Reaktionen der Sicherheitskräfte auf diese - bis zum 30. März 2011 kamen im Rahmen der Unruhen in Bahrain 20 Zivilisten und 4 Polizisten ums Leben (DAMIR-GEILSDORF 2011, DERSTANDARD 2011B, DERSTANDARD 2011C, EL-GAWHARY 2011, HARRER 2011, TAGESSCHAU.DE O.J.). In den letzten Tagen ist es in der Medienberichterstattung um Bahrain etwas ruhiger geworden. Laut aktuellen Meldungen wurde am 8. April 2011 die oppositionelle und als säkular und linksliberal beschriebene „Waad“-Partei von den Behörden verboten. Begründet wurde der Schritt mit den von der Partei getätigten Verleumdung der Streitkräfte und Unruhestiftung in der Bevölkerung. In derselben Woche waren die Verantwortlichen der ehemals unabhängigen Tageszeitung „Al-Watan“ ausgetauscht worden (DIEPRESSE.COM 2011).

BARFI (2011) erklärte Anfang März in einem Artikel, dass er anders als in Tunesien und Ägypten von keinem Erfolg der bahrainischen Demonstranten ausgehe, was einen friedlichen Regimewechsel betrifft. Als Gründe nennt er unter anderem:

- unterschiedliche Ziele der Protestierenden
- Unterstützung Saudi-Arabiens für das Herrscherhaus
- Existenz einer dialogfähigen und verhandlungsbereiten Opposition
- viele Möglichkeiten der Herrschenden, einige der Forderungen zu erfüllen
- herrscherloyale, ausländische Sicherheitskräfte, die bereit sind, gegen die Demonstranten vorzugehen
- Erfahrung des Staates mit Unruhen
- Zurückhaltung des Westens
- keine religiöse Homogenität

## 1.6. Weitere Staaten

Auch in vielen weiteren Staaten der Region (Oman, Saudi-Arabien, Kuwait, Jordanien, Marokko, Algerien, Irak...) kam es seit Jänner 2011 zu Demonstrationen und Protesten. Besonders gewaltsam und blutig verliefen sie in Syrien und im Jemen (DERSTANDARD.AT 2011a; TT.COM 2011).

Im **Jemen** fanden erste Proteste am 16. Jänner 2011 statt. Ali Abdullah Saleh hat seit rund 30 Jahren das Amt des Präsidenten inne. Im Zuge der Proteste wurde gewaltsam gegen die Demonstranten vorgegangen und von vielen Toten berichtet. Weder der ausgerufenen Ausnahmezustand und die Entlassung der Regierung noch die Ankündigung einer Machtübergabe für 2012 konnten die Proteste stoppen. Wichtige Personen wie Armee- und

Stammesvertreter, Regierungsmitglieder und sogar ein Halbbruder von Saleh stellten sich auf die Seite der Protestierenden. Generell stellen im Jemen auch die Konflikte und Gruppierungen wie Al-Kaida innerhalb des Landes große Probleme dar. Laut Schätzungen der Opposition sind im Konflikt bisher rund 100 Menschen ums Leben gekommen und Tausende verletzt worden (STERN.DE 2011; TT.COM 2011).

Am 4. Februar 2011 fand in **Syrien** der (eher schlecht besuchte) „Tag des Zorns“ statt. Demonstriert wurde gegen den Polizeistaat unter Bashar al-Assad, dem Präsidenten. Als Folge entschied sich das Regime für eine Hilfe für Arme und Bauern und eine Aufhebung der Blockaden von Facebook und Youtube. Dennoch folgten weiter Proteste, bei denen beispielsweise am 23. März 2011 etwa 80 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Das Regime gab daraufhin bekannt, die im Zuge der Demonstrationen Festgenommenen wieder freizulassen, Reformen zuzulassen, den Ausnahmezustand zu beenden, Lohnerhöhungen zu planen, Korruption zu bekämpfen und politische Parteien zu erlauben. Die Opposition setzte dennoch weitere Proteste an. Bis heute hat sich die Lage nicht beruhigt. Erst am 8. April 2011 wurde wieder von rund 30 Toten berichtet (EURONEWS 2011; TT.COM 2011).

## 1.7. Flüchtlingsströme nach Europa – wie gehen wir damit um?

Der Versuch der EU, ein einheitliches Asyl- und Einwanderungsrecht zu schaffen, wurde bis jetzt noch nicht in die Tat umgesetzt. Erst 2012 soll es ein europäisches Asylverfahren geben. Für die Einwanderung (legal oder illegal) sind die Mitgliedsstaaten zuständig.

Die 4000 Flüchtlinge aus Tunesien, die Lampedusa erreicht haben, sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, da jedes Jahr etwa 260.000 Menschen (2009) in der EU Asyl beantragen. Illegal Eingewanderte können nicht offiziell erhoben werden, laut Schätzungen liegt deren Zahl aber zwischen 500.000 und 1 Million pro Jahr.

Angesichts dieser Zahlen scheint das Gesuch Italiens, 100 Millionen Euro aus dem europäischen Flüchtlingsfond zu erhalten und den Notstand auszurufen, etwas übertrieben.

Die **Einreise auf dem Landweg** über Griechenland und den Balkan ist sehr viel weiter verbreitet als die Migration auf „altersschwachen“ Booten (bei der Einreise mit alten Booten sollen seit 1998 schon 15.000 Menschen gestorben sein). Mit dem Flugzeug reisen die Personen ein, die ein Visum haben, aber dann nicht mehr ausreisen und somit in die Illegalität verschwinden.

Für die Versorgung dieser Flüchtlinge und eventuelle anschließende Asylverfahren ist **jedes EU-Mitglied selbst zuständig**, nach dem EU-Recht das Land, in dem der Flüchtling zuerst angekommen ist. Im Sinne der Solidarität gewährt die europäische Kommission finanzielle Nothilfe für den Staat. Schlimm ist, dass die Flüchtlinge innerhalb der EU wieder in das Land abgeschoben werden können, das sie als erstes betreten haben. Aus diesem Grund sind auch die Asylverfahren und Einreisen von Flüchtlingen nach Deutschland und weiter nördlich liegende EU-Staaten stark zurückgegangen.

In Italien ist die Situation verheerend. Die Flüchtlinge werden entweder in ihr Heimatland zurück geschickt oder sie werden sich selbst überlassen. Dies hat den Grund, dass Italien kaum Asylgründe anerkennt.

Das alles hat zur Folge, dass **in der EU Verstöße gegen die Menschenrechte** begangen werden. In Griechenland gibt es nicht einmal geordnete Asylverfahren. Flüchtlinge aus anderen EU-Mitgliedstaaten können nicht nach Griechenland abgeschoben werden, da das Asylverfahren dort gegen die Menschenrechtskonvention verstößt.

Das **einheitliche Asylverfahren** soll bestimmten Standards genügen und anerkannte Asylbewerber sollen sich im gesamten Schengen-Raum bewegen können. Abgelehnte Asylbewerber sollen aber in keinem anderen EU-Land einen zweiten Antrag stellen können.

Die große Schwierigkeit für Flüchtlinge ist es aber, überhaupt einen solchen Asylantrag stellen zu können. In Spanien und Italien beispielsweise werden Flüchtlingsboote schon auf hoher See abgedrängt oder einfach in ihre vermuteten Herkunftsländer zurückgeschickt. Noch dazu kommen die „Rückführungsabkommen“ die mit einigen nordafrikanischen Staaten geschlossen wurden. Diese besagen, dass Menschen die illegal aus diesen Staaten in ein EU-Mitgliedsland kommen ohne ein aufwendiges Asylverfahren einfach wieder dorthin zurück geschickt werden dürfen.

Schwierig wird die Situation jetzt zwischen Italien und **Libyen**. Nach all den Aufständen und Fluchten aus Libyen stellt das Abkommen zwischen den beiden Ländern, das Muammar al-Ghaddafi unterzeichnet hat, ein großes Problem dar. Potentielle Flüchtlinge werden schon in Libyen abgefangen und in Sammellagern untergebracht. Der Zugang zu diesen Lagern wurde Menschenrechtlern und EU-Mitgliedern bisher verwehrt. Ein Versuch, das drohende Unheil über ihm selbst (Ghaddafi) abzuwehren, war die Drohung, alle Flüchtlinge nach Europa zu schicken, zahle man ihm nicht fünf Milliarden Euro. Tatsächlich aber erhält Libyen von 2011 bis 2013 etwa 50 Millionen Euro zur „besseren Grenzsicherung“. Abbildung 4 vermittelt einen Eindruck von den Fluchtbewegungen in Libyen.

Abb. 4: Flüchtlingsbewegung Libyen (YOUNGCARITAS, 2011)

Die **Fluchtrouten** haben sich stark verändert (nicht aber die Zahl). Über das südliche Ufer des Mittelmeeres wurde es zunehmend schwieriger nach Europa zu kommen, daher hat sich die Route an die türkisch-griechische Grenze verlagert. Griechenland will deshalb sogar einen Grenzzaun errichten (RIEGERT, 2011).

In Lampedusa sind von den 4000 eingereisten Flüchtlingen nur noch 72 auf der Insel, alle anderen wurden zurück in ihr Heimatland geschickt. Inzwischen haben die ersten 500 Flüchtlinge das befristete Visum erhalten, mit dem sie in alle Länder des Schengen-Raums reisen können. Es handle sich um befristete Aufenthaltsgenehmigungen zu "humanitären" Zwecken, sagte Innenminister Roberto Maroni bei der Vorstellung eines Abkommens mit Tunesien über das Flüchtlingsproblem. "Die meisten Einwanderer wollen zu Freunden und Verwandten in Frankreich oder anderen europäischen Ländern", fügte Maroni hinzu (NEWS.AT, 2011).

Bei den meisten Flüchtlingen handelt es sich um Gastarbeiter aus den Nachbarländern Tunesien und Ägypten, die Notversorgung und dann Transportmöglichkeiten nach Hause brauchen. Einige Tausend sind Flüchtlinge aus afrikanischen Kriegsgebieten, die in Libyen gestrandet sind. Sie müssen evakuiert und aufgenommen werden. Und bevor europäische Innenminister gleich wieder „biblische Fluten“ beschwören und nach dem Riechfläschchen oder verstärktem Grenzschutz schreien: Es handelt sich hier um ein Gebot der Menschlichkeit. Und um eine vergleichsweise billige Investition in Europas Reputation als Garant von Menschenrechten. Um die ist es derzeit bekanntermaßen schlecht bestellt (DUFOR, 2011).

## 1.8. Zeitlicher Ablauf

Einen Teil der Ereignisse möchten wir hier chronologisch auflisten. Aufgrund ihrer Fülle ist Vollständigkeit im Rahmen dieser Arbeit aber leider nicht möglich:

17.10.2010: Selbstverbrennung eines jungen Tunesiers, Beginn der Proteste in Tunesien

- 14.01.2011: Flucht des (ehemaligen) tunesischen Präsidenten Ben Ali ins saudi-arabische Exil
- 16.01.2011: erste Proteste im Jemen, es wird gewaltsam gegen die Demonstranten vorgegangen
- 25.01.2011: Beginn der Proteste in Ägypten
- 31.01.2011: Hosni Mubarak macht erste Zugeständnisse und wechselt das Kabinett aus
- 04.02.2011: „Tag des Zorns“ ins Syrien; die Beteiligung ist aber eher mäßig
- 11.02.2011: Hosni Mubarak tritt zurück
- 14.02.2011: „Tag des Zorns“: von den Protesten in Tunesien und Ägypten angespornt beginnen in Bahrain erste Proteste
- 15.02.2011: Beginn der Proteste in Libyen
- 11.03.2011: Sanktionen der EU gegen Libyen
- 14.03.2011: Soldaten aus Saudi-Arabien und Polizisten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten marschieren in Bahrain ein, um die Regierung zu unterstützen,
- 15.03.2011: Es wurde für drei Monate der Ausnahmezustand über Bahrain verhängt und ein Versammlungsverbot erlassen
- 17.03.2011: UNO-Sicherheitsrat beschließt Flugverbotszone über Libyen
- 23.03.2011: Nach 80 Toten bei weiteren Protesten in Syrien versprach das Regime u.a., Gefangene wieder freizulassen, Reformen zu erlassen, Lohnerhöhungen zu planen und politische Parteien zu erlauben. Die Lage hat sich dadurch jedoch nicht beruhigt.
- 08.04.2011: Die oppositionelle Waad-Partei wird in Bahrain verboten.
- Juli 2011: konstituierende Nationalversammlung in Tunesien geplant

(Die Daten sind aus den obigen Ausführungen entnommen, wo auch Quellenangaben zu finden sind.)

## **2. Lehrplanbezug:**

Schon in dem Bereich der Bildungs- und Lehraufgabe ist verankert, dass *„Der Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht Motive und Auswirkungen, Regelmäßigkeiten und Probleme menschlichen Handelns in den eng miteinander verflochtenen Aktionsbereichen „Raum, Gesellschaft und Wirtschaft“ sichtbar und unter dem Gesichtspunkt der Politischen Bildung verständlich machen soll. Der Fachunterricht soll sich verstärkt folgenden Werten verpflichtet fühlen: einer menschenwürdigen Gesellschaft, einer intakten Umwelt und nachhaltigen Wirtschaft“* (BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008a:1).

Darüber hinaus zielen wir auch auf verschiedene, im Lehrplan der Oberstufe erwähnte Kompetenzen ab, darunter:

### **Orientierungskompetenz**

- *Entwicklung der Fähigkeit, erworbenes Wissen und gewonnene Einsichten im privaten, beruflichen und öffentlichen Leben bei räumlichen, wirtschaftlichen, politischen und berufsbezogenen Entscheidungen anzuwenden*
- *Verdichtung und Sicherung eines weltweiten topographischen Rasters um raumbezogene Informationen selbständig einordnen zu können*

### **Synthesekompetenz**

- *Einsicht in das Wirkungsgefüge und die Dynamik des Raumes, der Gesellschaft und der Wirtschaft sowie in die zugrunde liegenden Machtstrukturen vermitteln*
- *die räumlichen Gegebenheiten und deren Nutzung sowie die Regelmäßigkeiten menschlichen Verhaltens in Raum, Gesellschaft und Wirtschaft aufzeigen*
- *Raum, Gesellschaft und Wirtschaft auch fächerübergreifend mit benachbarten natur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen betrachten können*

### **Umweltkompetenz**

- *Festigung der Erziehung zur globalen Verantwortung für die „eine Welt“*

### **Gesellschaftskompetenz**

- *Aspekte geschlechtsspezifischer Unterschiede in verschiedenen sozioökonomischen Systemen analysieren*

- die Fähigkeit erweitern, die von den Massenmedien verbreiteten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Informationen über Österreich, Europa und die Welt kritisch zu beurteilen
- Motivation zur persönlichen Auseinandersetzung mit lokalen, regionalen und globalen Fragestellungen

### **Wirtschaftskompetenz**

- Verständnis grundlegender Zusammenhänge in betriebs-, volks- und weltwirtschaftlichen Bereichen sowie Kenntnis gesamtwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, Strukturen und Probleme
- Wirtschaftspolitik als wesentlichen Bestandteil der Politik erkennen, ihre Modelle und deren reale Umsetzung in unterschiedlichen Systemen einschätzen können

(BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008a: 1-2)

## **2.1. Einordnung in den Lehrplan der Oberstufe:**

Unser Thema für die geplanten zwei Einheiten Unterricht sind die aktuellen Umbrüche im arabischen Raum, bei unserer Planung vor allem betreffend Tunesien, Ägypten und Libyen.

Die Thematik lässt sich im Oberstufen-Lehrplan in der 5. Und 6. Klasse einordnen. Es heißt hier: „*Gliederungsprinzipien der Erde nach unterschiedlichen Sichtweisen:*

- *Gliederungsmöglichkeiten der Erde nach naturräumlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen aufzeigen*
  - *Einsicht gewinnen, dass Gliederungen immer einem bestimmten Zwecken dienen, dass Grenzen, Übergangszonen und die so abgegrenzten Gebiete meist nicht einheitlich sind“*
- (BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008a: 2).

Es kann aufgezeigt werden, dass es verschiedene Regierungsformen gibt und die Erde auch nach diesen eingeteilt werden kann. Es ist wichtig zu verstehen und zu sehen, dass es auf der Welt viele verschiedene politische Merkmale gibt, gegen die verschieden gekämpft wird und mit wiederum anderen politischen Mitteln und Maßnahmen verfahren wird.

„Bevölkerung und Gesellschaft

- die Dynamik der Weltbevölkerung unter Bezugnahme auf das Modell des demographischen Überganges analysieren und ihre heutige und die mögliche zukünftige Verteilung darstellen
- Ursachen und Auswirkungen der räumlichen und sozialen Mobilität in verschiedenen Gesellschaften erkennen“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008a: 2).

Durch die Flüchtlingsströme lässt sich die Thematik auch in diesem Abschnitt sehr gut einbringen. Die Mobilität spielt hier eine große Rolle.

Im Zuge der Behandlung eines dieser beiden Bereiche kann auf die aktuellen Ereignisse im arabischen Raum eingegangen werden – wahlweise als Einstieg, Abschluss oder in der Mitte der Thematik.

## 2.2. Bezug zur Unterstufe - Vorkenntnisse:

„1. und 2. Klasse:

*Darstellung menschlichen Lebens und Wirtschaftens; Aufzeigen von Gleichartigkeiten und Unterschieden. Grundlegende Einsicht, dass Gesellschaft und Wirtschaft räumlich strukturiert sind. Beispiele aus Österreich und Europa sollen in der ersten und zweiten Klasse vertreten sein, jeder außereuropäische Erdteil wenigstens einmal in einer der beiden Klassen“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008b: 3).*

Die SchülerInnen sollten schon in der Unterstufe, der 1. Und 2. Klasse gelernt haben, dass es in jedem Bereich Unterschiede gibt auf der Welt. Wir wollen mit ihnen weitere aktuelle und gravierende Unterschiede festhalten.

„3. und 4. Klasse:

*Vertiefende Kenntnisse und Einsichten über menschliches Leben und Wirtschaften in Österreich, Europa und auf der Erde. Darstellung in Einzelbildern und Übersichten. Besondere Berücksichtigung von natürlicher und gestalteter Umwelt, Wirtschaft, Arbeitswelt und Berufsfindung. Aufbau der Bereitschaft, sich aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden. Weiterentwicklung topographischer Kenntnisse und methodischer Zugänge zu deren Erwerb. Behandlung eines Fallbeispiels in Projektform“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR 2008b: 4).*

Somit sollten die S/S schon in den unteren Klassen Einblick in die politischen Aspekte der verschiedenen Länder bekommen haben. Dies ist auch im Lehrplan für Geschichte und politische Bildung festgehalten und unterstützt somit unsere Unterrichtseinheit.

### 3. Lernziele

- Die S/S sollen frei über die aktuellen Ereignisse im arabischen Raum erzählen können.
- Die S/S sollen über einige Hintergründe der Proteste berichten können.
- Die S/S sollen Probleme schildern können, die nach der erfolgreichen Vertreibung der Herrscher in Ägypten und Tunesien auftreten.
- Die S/S sollen ausdrücken können, dass es bei vielen Ereignissen und Vorgehensweisen Vor- und Nachteile bzw. unterschiedliche Sichtweisen gibt.
- Die S/S sollen erklären können, dass Informationen unterschiedlich bewertet werden können.
  
- Die S/S sollen Informationen aus einem Text herausarbeiten können.
- Die S/S sollen die herausgearbeiteten Informationen einer Kollegin/ einem Kollegen vorstellen können.
- Die S/S sollen sich an einer Diskussion beteiligen können.
- Die S/S sollen in einer Diskussion Regeln beachten können.
- Die S/S sollen ihre eigene Meinung zu einem aktuellen Thema in Worte fassen können.
- Die S/S sollen ihre eigene Meinung begründen können.

#### 4. Verlaufsplanung:

Zeit	Phase	Geplante L-Handlung	Erwartete S/S-Handlungen	Methode	Inhalt	Material
5 min	Konfrontation (Einstieg)	Begrüßt S/S; bittet um Namenskartchen; informiert über Einheit	Grüßen; hören zu; beschrifteten Kartchen mit ihrem Namen	FU	Organisatorisches	
3 min	Konfrontation, Information (Einstieg)	Startet Videosequenz	Schauen Video an	FU (Video)	Videosequenz (Bericht über Tunesien)	Beamer, Lautsprecher, Video, Computer
5 min	Konfrontation und Information (Erarbeitung)	Bittet um Gedanken der S/S zum Thema; schreibt Stichworte an die Tafel	Überlegen, was ihnen zum Thema einfällt; Liefern Stichworte	Plenum	Vorwissen der S/S	Tafel, Kreide
5 – 10 min	Information	Organisiert erstellen einer ungefähren Zeittafel; schreibt Ereignisse auf	Melden sich zu Wort	FU/ Plenum	Erstellen einer Zeittafel am Papier oder an der Tafel (Überblick über wichtige Ereignisse)	Plakat, Edding oder Tafel, Kreide
5 – 10 min	Information	Hält Vortrag	Hören zu	FU	Hintergründe der Ereignisse, Tunesien und Ägypten	PPP; Computer und Beamer
2 min	Organisation	Erklärt folgende Arbeitsphase	Hören zu	FU.	Aufträge für die folgende Arbeitsphase und Austeilen der Arbeitsblätter	Arbeitsblätter
10 min	Selbstst. Lernen	Beantwortet	Lesen ihren Text;	EA	Lesen der	

	(Erarbeitung)	gegebenenfalls Fragen	markieren wichtige Passagen		ausgeteilten Arbeitsblätter über Ägypten/ Tunesien	
8 min	Selbstst. Lernen (Erarbeitung)	(gibt weiteren Arbeitsauftrag); steht für Fragen zur Verfügung	Erzählen PartnerIn die wichtigsten Inhalte aus ihrem Text (Zeit: 3 min.)	PA	Wichtigsten Inhalte der gelesenen Texte (Tunesien/Ägypten)	
5 min	Erholungsphase	Bereiten zweiten Teil der Stunde vor	(fast) nach Belieben	GA	Pause	Getränk
5 min.	Information	Geht kurz auf behandelten Texte ein; macht einen Einstieg zu Libyen	Hören zu	FU	Ereignisse in Libyen	PP-Präsentation
2 min	Organisation	Erklärt weiteren Ablauf; teilt Arbeitsblätter aus	Hören zu	FU	Erklärung des Ablaufes, Austeilen Arbeitsblätter	Arbeitsblätter
10 min	Selbstst. Lernen (Erarbeitung)	Steht für Fragen zur Verfügung	Lesen den Text und markieren wichtige Argumente	EA	Lesen der Texte (Bewaffnung der libyschen Rebellen)	
1 min	Organisation	Leitet Einteilung in Gruppen; gibt Arbeitsauftrag	Gehen zu ihrer Gruppe; hören zu		Entscheiden sich für eine Seite	
5 min	Selbstst. Lernen (Erarbeitung)	Steht für Fragen zur Verfügung	Diskutieren in ihrer Gruppe Argumente	GA	Diskussion in der eigenen Gruppe, Argumente Sammeln	
1 min	Information	Stellt Diskussionsregeln vor	Hören zu	FU	Diskussionsregeln	PP-Präsentation
Restl.	Selbstst. Lernen,	Leitet die Diskussion	Beteiligen sich an der	GA	Diskussion in der	(Zettel und Stift zum

Einheit (ca. 20 min)	Kontrolle (Erarbeitung und Sicherung)		Diskussion		Großgruppe	Notieren der Wortmeldungen)
5 min.	(Information, Sicherung)	Fasst Diskussion und Inhalte der Stunde zusammen	Hören zu	FU	Abschließende Zusammenführung	
1 min		Verabschiedet sich und wünscht schöne Ferien	Verabschieden sich	FU	Verabschiedung	PP-Präsentation

## 5. Arbeitsaufträge und Materialien

### 5.1. Stichworte sammeln:

**Arbeitsauftrag:** Da wir nun das Video über Tunesien gesehen haben, sollt ihr euch bitte auf euer Vorwissen aus den Medien stützen. Seit Wochen ist es ein heiß diskutiertes Thema in den Nachrichten, was in unserer nächsten Nähe, im Norden Afrikas geschieht.

Bitte zeigt auf und sagt uns, was euch zu diesem Thema einfällt. Hier gibt es kein richtig oder falsch. Wir werden dann alles auf der Tafel festhalten.

### 5.2. Partnerarbeit:

**Arbeitsauftrag:** Lest den Zeitungsartikel, den ihr von uns bekommt. Einer der beiden ist über Tunesien, der andere über Ägypten.

Der Zeitungsartikel soll sorgfältig gelesen werden und die wichtigsten Elemente unterstrichen werden. Ihr sollt nach dem Lesen „Experten“ auf eurem Gebiet sein und den Artikel eurem Banknachbar wiedergeben können, damit auch er Experte auf eurem Gebiet werden kann.

Die Daten werden euch dann nachher in der zweiten Einheit auch behilflich sein, also solltet ihr auf beiden Gebieten „sattelfest“ sein.

Lest jetzt einmal den Artikel und markiert euch die wichtigsten Aussagen.

**Arbeitsauftrag:** Erzählt eurem Banknachbarn/ eurer Banknachbarin die wichtigsten Inhalte aus eurem Artikel. Tauscht anschließend die Rollen. Jeder hat 3 min Zeit, um von seinem Text zu berichten.

### 5.3. Diskussion:

**Arbeitsauftrag 1:** Lest den Zeitungsartikel, den wir austeilen werden. Markiert darin Argumente, die für oder gegen eine Bewaffnung der libyschen Rebellen vorgebracht werden. Überlegt euch auch eure eigene Meinung zu dem Thema.

**Arbeitsauftrag 2:** Wie ihr seht, wird über die Frage, ob die Rebellen mit Waffen versorgt werden sollen, auf internationaler Ebene diskutiert. Wie seht ihr das? Findet ihr, dass die „westlichen“ Staaten in Libyen noch mehr eingreifen sollen oder nicht? Sollen die Rebellen mit Waffen ausgestattet werden? Wer für „Ja“ ist geht bitte auf die linke Seite des Raumes. Wer für „Nein“ ist, auf die rechte Seite.

**Arbeitsauftrag 3:** Ihr habt jetzt fünf Minuten Zeit, euch in der Gruppe über euren Standpunkt zu unterhalten und gemeinsam nach Argumenten zu suchen. Überlegt euch Argumente, die ihr auch anschließend in der Diskussion verwenden könnt.

**Arbeitsauftrag 4:** Bitte nehmt euch alle einen Sessel und formt einen Sesselkreis.

Wir werden jetzt über die Frage diskutieren, ob die „westlichen“ Staaten in Libyen noch stärker eingreifen sollen als sie es jetzt schon tun, vor allem, ob sie den Aufständischen Waffen liefern sollen. Bei der Diskussion haltet euch bitte an folgende Regeln (s. PPP):

- Zeige auf, wenn du etwas sagen möchtest.
- Warte, bis du an die Reihe kommst.
- Höre den anderen bei ihren Wortmeldungen zu, ohne sie zu unterbrechen.
- Melde dich mindestens einmal zu Wort.

## **„Tag der Reinigung und des Gerichts“**

**Mehr als zwei Monate nach dem die Proteste in Ägypten begonnen haben, ist Kairo wieder Zentrum für Demonstrationen. Aus Angst, die Revolution würde nichts bewirken, gehen in der ägyptischen Hauptstadt wieder Tausende auf die Straße. Sie fordern unter anderem, dass der gestürzte Präsident Hosni Mubarak sich vor Gericht verantworten muss.**

Erstmals nach dem Sturz Mubaraks verlor bei Zusammenstößen zwischen dem Militär und Demonstranten ein Mensch das Leben. Das Opfer starb, nachdem die Streitkräfte eine Demonstration in Kairo mit Gewalt aufgelöst hatten. 71 weitere Menschen wurden verletzt.

Als mehrere hundert Demonstranten nach einer Großkundgebung der Demokratiebewegung den Tahrir-Platz nicht verlassen wollten, schritt das Militär ein. Am Tag davor hatten zehntausende Menschen friedlich für Gerichtsverfahren unter dem Motto „Freitag der Reinigung und des Gerichts“ gegen den gestürzten Präsidenten und seine Mitarbeiter demonstriert.

## **„Kein Regimewandel“**

Neben Korruption wirft die Opposition den ehemaligen Regimegrößen auch die Tötung von Demonstranten vor. Viele Politiker und Geschäftsleute des Mubarak-Regimes wären noch immer an der Macht. Mubarak wirft man Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder und Wahlfälschung vor. Einerseits sind zwar die Konten seiner Familie eingefroren worden und Mubarak darf nicht ausreisen, aber offensichtlich werden ihm in seinem Zufluchtsort am Roten Meer Vergünstigungen wie für einen aktiven Präsidenten gewährt.

Es habe zwar einen „strukturellen Wandel“ gegeben, [...] dieser habe aber kein Regimewandel an sich produziert.

Mit den Worten „Die Revolution ist unvollendet“, äußerte sich auch Mohamed ElBaradei der ehemalige Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, in einem Interview für „Die Presse“. Es seien nur manche aus der zweiten Reihe des Mubarak-Regimes inhaftiert worden, die wirklich Mächtigen der ersten Reihe seien immer noch an der Macht.

## **Parteien brauchen 5.000 Mitglieder**

Ein Aktivist der Demokratiebewegung sagt, dass der Weg zur Demokratie schwierig sei. Denn das bedeute nicht nur, wählen zu gehen, sondern auch, eigene Organisationen und Institutionen zu gründen.

Einfach wird das nicht sein, weil zwar einerseits per Gesetz die freie Gründung von politischen Parteien erlaubt wurde, andererseits aber mindestens 5.000 Mitglieder für die Neugründung einer Partei vorgewiesen werden müssen.

## **Vorwurf an Armee: Ziele verraten**

Die Demonstranten fordern weiterhin die Beendigung des Ausnahmezustands, die Freilassung politischer Gefangener, ein Verschwinden der Machthaber des alten

Regimes aus öffentlichen Unternehmen und der Politik. Die Revolution und ihre Ziele seien nach wie vor weit von einer Umsetzung entfernt.

## **Verfassungserklärung**

Die Verfassungserklärung des regierenden Militärrats nimmt einerseits Elemente aus der Verfassung der Ära Mubarak andererseits die bei einer Volksabstimmung im März beschlossenen Veränderungen auf.

Der Militärrat bekannte sich kürzlich in einer Verfassungserklärung zu Demokratie und Freiheit. Der seit 30 Jahren geltende Ausnahmezustand, der willkürliche Verhaftungen und Zensur der Medien ermöglichte, soll demnach noch vor der Parlamentswahl aufgehoben werden. Es wurde aber auch - solange der Ausnahmezustand noch gilt - das Streik- und Demonstrationsrecht eingeschränkt.

## **Strukturen fehlen noch**

Bis Herbst soll die Übergangsregierung unter der Ägide des Militärrats noch das Land führen. Dann folgen die Wahlen zum Parlament und zum Präsidenten. Mögliche Präsidentschaftskandidaten sind der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, und Mohamed ElBaradei der ehemalige Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde. Baradei aber warnt vor zu großer Eile, da die Strukturen und Parteien für die Abhaltung von demokratischen Wahlen erst noch geschaffen werden müssen.

Schnelle Wahlen könnten der noch existierenden alten Regierungspartei NDP und der unter Mubarak verbotenen islamischen Muslimbruderschaft helfen. Die Muslimbruderschaft erklärte bereits mehrfach, die Regeln der Demokratie einhalten zu wollen. In ihrem Programm bekennt sie sich zur Errichtung eines „islamischen Staats“ der auf islamischem Recht basiert. Aber auch in der Verfassungserklärung des Militärrats finden sich die „Prinzipien der Scharia“ weiterhin als „Hauptquelle“ der Rechtsprechung des Landes.

---

ORF.AT (2011): „Tag der Reinigung und des Gerichts“ <<http://orf.at/stories/2052055/2052056/>> (Stand: 2011-04-09) (Zugriff: 2011-04-10). (gekürzt und verändert)

---

## **Sturz Ben Alis war nur der Anfang, nun wird es erst richtig schwer**

Die Revolution in Tunesien ist beendet, zumindest der Teil, der den Diktator Ben Ali das Land verlassen ließ. Anfang dieses Jahres forderten die Menschen in Demonstrationen „Ben Ali muss weg“.. Jetzt ist er zwar weg, aber viele Tunesier bemerken, dass sie nun einen riesigen Scherbenhaufen in ein neues, besseres Ganzes bringen müssen.

Das ist aber alles gar nicht so leicht. Vor der Revolution in Tunesien hat sich natürlich keiner überlegt, wie man eine Regierungsstruktur total neu errichten könnte. Wie schwierig das ist, wird aber derzeit in der tunesischen Gesellschaft immer deutlicher. Es gibt immer noch Demonstrationen in Tunesien, die Forderungen, die da an auftreten, sind aber sehr unterschiedlich.

Die vielen neuen Aufgaben sind für die Übergangsregierung nicht zu bewältigen. Die meisten Minister sind ganz neu in einem so wichtigen politischen Amt und es fällt ihnen sehr schwer, eine Politik zu entwickeln, die für die Mehrheit der Bevölkerung auch passt. Arbeitslosigkeit und viel zu geringe Löhne frustrieren nach wie vor viele Menschen in Tunesien. Es ist für die Menschen in Tunesien schwer zu verstehen, dass nicht alle Misstände gleich verbessert werden können.

Man bekommt den Eindruck, dass Tunesien mit der Situation überfordert ist. Die Meinungsfreiheit führt zu Ausschweifungen ungeahnten Ausmaßes. Täglich findet stehen in den Zeitungen Gerüchte, Anschuldigungen und Dinge, was in einer Zeitung eigentlich nichts zu suchen haben. Vielen Journalisten konnten aber nie lernen, frei und kritisch zu recherchieren und entsprechend zu schreiben. Journalist sein hieß bisher nur die Politik der Regierung bedeutend machen.

Im Juli gehen die Tunesier zur Wahl. Man weiß noch nicht, in welche Richtung der junge Staat gehen wird. Soll es eine präsidentiale oder eher eine parlamentarische Republik werden, soll es laizistisch, sozialistisch oder islamisch geprägt sein. All diese extrem schwierigen Fragen beschäftigen derzeit die Übergangsregierung.

In dieser Ausrichtung der künftigen Staatsform liegt vermutlich die große Herausforderung für die neuen Minister der Übergangsregierung, die der ehemaligen Opposition entstammen. Einerseits sind sie noch gar nicht wirklich in ihren neuen Ämtern angekommen und können sich noch gar nicht richtig in die Materie hineinversetzen, andererseits sollen sie so schnell – quasi ohne Vorbereitung auf diese Funktion – die Weichen für Tunesiens Zukunft stellen. Die Lage ist daher sehr unsicher.

Man weiß nicht, was Tunesien aus seiner neuen Freiheit und Demokratie machen wird, wohin der neue Staat treiben wird. Sollte es gelingen eine stabile Demokratie in Tunesien aufzubauen, könnte dies Folgen auf den ganzen arabischen Raum haben. Tunesien hat ja bereits eine Vorreiterrolle im arabischen Frühling und beeinflusste bisher schon Ägypten, Jemen, Bahrain und andere Staaten.

Der Weg wird aber lang und steinig Das bemerken die meisten erst jetzt. Der Sturz Ben Alis war nur der erste Schritt in die Freiheit. Jetzt müssen die Tunesier selbst ihr Schicksal gestalten und demokratische Strukturen aufbauen. Dieser Prozess wird jedenfalls noch eine lange Zeit brauchen.

---

HOFFMEIER, S. (2011): Sturz Ben Alis war nur der Anfang, nun wird es erst richtig schwer. <<http://www.sarsura-syrien.de/tunesiens-schwieriger-weg-zu-demokratisierung-und-stabilisierung-4984.html>> (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-10). (verändert)

---

## USA erwägen Bewaffnung libyscher Rebellen

**Die Aufständischen befinden sich gegenüber den Gaddafi-Truppen erneut in der Defensive und mussten sich weiter zurückziehen. Die Frage nach Waffenlieferungen für die Rebellen droht die internationale Allianz zu entzweien.**

Die internationale Gemeinschaft ist derzeit uneins über das weitere Vorgehen gegen Diktator Muammar al-Gaddafi. Von den USA angestoßen, wird derzeit diskutiert, ob man den Rebellen mit Waffenlieferungen helfen sollen.

Die USA machen Druck, da die Rebellen in letzter Zeit eindeutig in der Defensive waren: Gaddafis Truppen hätten nun auch die Stadt Brega zurückerobert, meldeten am Mittwoch die Rebellen. Damit konnten Gaddafis Truppen nach dem Ölhafen Ras Lanuf in kürzester Zeit auch eine zweite wichtige Stadt einnehmen.

Sehr wichtig für Überlegungen der USA und Großbritannien sind US-Geheimdienstberichte, wonach einzelne islamistische Terroristen unter den Aufständischen sein könnten, unter anderen sollen Mitglieder des Terrornetzes Al-Kaida und der schiitischen Hisbollah dabei sein.

### Debatte über UNO-Resolution

US-Präsident Obama hatte erklärt, er schließe die Lieferung von Waffen an libysche Rebellen nicht aus. [...] Die US-Außenministerin meint solche Aktionen wären von der Uno-Resolution 1973 gedeckt. Ähnlich meinte ihr britischer Amtskollege, die Uno-Resolution lasse die Bewaffnung der Menschen zur Selbstverteidigung in einem "sehr begrenztem Ausmaß" zu. Er meinte aber auch die Briten hätten nicht vor, „die Rebellen in irgendeiner Form zu bewaffnen.“

Frankreichs Außenminister war zwar nicht gegen Waffenlieferungen, vertrat aber die Meinung, dass diese durch das aktuelle Uno-Mandat nicht gedeckt seien.

Kritik kam aber vom Nato-Chef: "Wir sind hier, um die Menschen zu schützen, nicht um sie zu bewaffnen."

Der Meinung des NATO-Chefs schloss sich der russische Außenminister an: "Wir stimmen mit dem Generalsekretär völlig überein", sagte er in Moskau bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP).

Spindelegger betonte, es dürfe "kein Krieg des Westens gegen Gaddafi" geben, es ginge ausschließlich um den Schutz von Zivilisten.

Russland hätte der Resolution zur Flugverbotszone über Libyen zugestimmt, wenn die Abgrenzung der Gewaltanwendung exakter formuliert gewesen wäre. Aufgrund der unklaren Formulierungen gebe es jetzt, wie der russischen Außenminister meint, "Doppeldeutigkeiten bei der Umsetzung".

Auch Italiens Regierung konnte den Bewaffnungsplänen nicht zustimmen: "Die Rebellen zu bewaffnen wäre eine kontroverse, extreme Maßnahme und würde die internationale Gemeinschaft sicherlich spalten", erklärte ein Sprecher des Außenministeriums in Rom. Ob dies wirklich eine ideale Lösung wäre, um Massaker an Zivilisten zu verhindern, sei dahingestellt. Man solle die bereits vorhandenen Instrumente „Flugverbotszone und die humanitären Korridore“ nutzen.

### Peking warnt Paris

Chinas Präsident Hu Jintao warnte den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy kürzlich in Peking vor möglichen Folgen der Militäroperation. Ziel der UNO-Resolution sei es, die die Gewalt in Libyen zu beenden und Zivilisten zu schützen,

meinte Hu. Im Geiste der Uno-Resolution dürfen die Militäraktionen die "humanitäre Krise" nicht verschlimmern.

---

Quelle:

DER STANDARD (2011): USA erwägen Bewaffnung libyscher Rebellen. In: Der Standard vom 31.März 2011, S.2. (verändert)

---

*Kartendarstellung unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-13010170>*

Abb. 1: Situation in Libyen am 8.April 2011

(Quelle: BBC (2011): Libya: Nato ‚regrets‘ loss of life from Ajdabiya strike. <<http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-13010170>> (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-05-10).)

## 6. Quellenverzeichnis:

- ARTE JOURNAL (2011): Libyen: Chronologie. [http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/arte-journal/nav\\_libye/3733356.CmC=3736080.html](http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/arte-journal/nav_libye/3733356.CmC=3736080.html) (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-09).
- AVENARIUS, T. (2011): Nach der Jasmin-Revolution in Tunesien. Die Angst der Autokraten. <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-der-jasmin-revolution-in-tunesien-die-angst-der-autokraten-1.1049679> (Stand: 2011-01-23) (Zugriff: 2011-04-07).
- BARFI, B. (2011): Unruhen in der arabischen Welt. Der Kampf um Bahrain. [http://de.qantara.de/webcom/show\\_article.php/c-849/nr-23/p-1/i.html](http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/c-849/nr-23/p-1/i.html) (Stand: 2011-03-03) (Zugriff: 2011-04-08).
- BATOR, A. (2011): Ägypten im Umbruch. [http://www.bator.eu/index.php?option=com\\_content&view=article&id=52:aegypten-im-umbruch&catid=6:arabische-staaten&Itemid=16](http://www.bator.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=52:aegypten-im-umbruch&catid=6:arabische-staaten&Itemid=16) (Stand: 2011-04-03) (Zugriff: 2011-04-09).
- BATOR, W. (2011): Hintergründe der Unruhen in Libyen im Frühjahr 2011. [http://www.bator.eu/index.php?option=com\\_content&view=article&id=49:hintergruende-der-unruhen-in-libyen-im-fruehjahr-2011&catid=6:arabische-staaten&Itemid=16](http://www.bator.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=49:hintergruende-der-unruhen-in-libyen-im-fruehjahr-2011&catid=6:arabische-staaten&Itemid=16) (Stand: 2011-03-21) (Zugriff: 2011-04-04).
- BBC (2011): Libya: Nato ‚regrets‘ loss of life from Ajdabiya strike. <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-13010170> (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-10).
- BOUZID, A. B. (2011): Informationsrevolution und Demokratisierung in der arabischen Welt? Berliner Schriften zur Medienwissenschaft, Band 16. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR (2008a): Lehrpläne der AHS-Oberstufe. Geographie und Wirtschaftskunde. [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11858/lp\\_neu\\_ahs\\_06.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11858/lp_neu_ahs_06.pdf) (Zugriff: 2011-03-21).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND KULTUR (2008b): Lehrpläne der AHS-Überstufe. Geographie und Wirtschaftskunde. <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/784/ahs9.pdf> (Zugriff: 2011-04-03).
- DAMIR-GEILSDORF, S. (2011): Unruhen in Bahrain. „Wir alle sind Bahrainis – keine Sunna, keine Schia!“ (Stand: 2011-03-03) (Zugriff: 2011-04-08).
- DER STANDARD (2011): USA erwägen Bewaffnung libyscher Rebellen. In: Der Standard vom 31.3.2011, 2.

- DERSTANDARD.AT (2011a): Liveticker Freitag. Gadaffi befördert alle Armeeingehörigen. <http://derstandard.at/1297821409241/Liveticker-Freitag-Gaddafi-befoerdert-alle-Armeeingehoerigen> (Stand: 2011-03-26) (Zugriff: 2011-03-27).
- DERSTANDARD.AT (2011b): Polizei erschießt 15-jährigen Demonstranten. <http://derstandard.at/1297821891211/Polizei-erschiesst-15-jaehrigen-Demonstranten> (Stand: 2011-03-30) (Zugriff: 2011-04-08).
- DERSTANDARD.AT (2011c): Tränengas gegen Demonstranten. Massives Polizeiaufgebot gegen Opposition. <http://derstandard.at/1297821477533/Traenengas-gegen-Demonstranten> (Stand: 2011-03-25) (Zugriff: 2011-04-08).
- DERSTANDARD.AT (2011d): Übergangsrat: Bisher 10.000 Tote. Sprecher Ghoga: „Mit Gaddafi verhandeln? Niemals“. <http://derstandard.at/1301874226957/Uebergangsrat-Bisher-10000-Tote> (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-09).
- DIEPRESSE.COM (2011): Linkliberale Partei von Behörden aufgelöst. [http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/648893/Bahrain\\_Linkliberale-Partei-von-Behoerden-aufgeloesst?direct=635829&\\_vl\\_backlink=/home/politik/aussenpolitik/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/648893/Bahrain_Linkliberale-Partei-von-Behoerden-aufgeloesst?direct=635829&_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/index.do&selChannel=) (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-08).
- DUFOUR, F. (2011): Der neue Süden. <http://www.zeit.de/2011/10/01-Arabien-Revolution-Europa> (Zugriff: 2011-04-10).
- EL-GAWHARY, K. (2011): Saudis schicken Armee nach Bahrain. In: Die Presse vom 15.3.2011, 10.
- EURONEWS (2011): Zusammenstöße. Schüsse bei Massenbeisetzung in Syrien. <http://de.euronews.net/2011/04/09/schuesse-bei-massenbeisetzung-in-syrien/> (Stand: 2011-04-09) (Zugriff: 2011-04-10).
- FREITAG, S. (2011): Unruhen in Tunesien wegen hoher Arbeitslosigkeit. ZDF heute. <http://www.youtube.com/watch?v=IYxIKyeYiJ0> (Zugriff: 2011-03-21).
- GEHLEN, M. (2011): Libyens Opposition: In einem Ziel vereint. Porträt der Aufständischen. <http://www.tagesspiegel.de/politik/libyens-opposition-in-einem-ziel-vereint/4017246.html> (Stand: 2011-04-02) (Zugriff: 2011-04-09).
- HARRER, G. (2011): Ausnahmezustand über Bahrain verhängt. In: Der Standard vom 16.3.2011, 9.
- HOFFMEIER, S. (2011): Sturz Ben Alis war nur der Anfang, nun wird es erst richtig schwer. <http://www.sarsura-syrien.de/tunesiens-schwieriger-weg-zu-demokratisierung-und-stabilisierung-4984.html> (Stand: 2011-04-08) (Zugriff: 2011-04-10).
- JOSUA, M. (2010): Autoritäre Regime im Vorderen Orient: Herrschaftssicherung trotz Herrscherwechsel. In: Der Bürger im Staat 1, 52-58.

- KREITMEYR, N. & O. SCHLUMBERGER (2010): Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 24, 16-21.
- LEIDHOLDT, U. (2011): Analyse zur Revolution in Nahost. Arabischer Aufstand – ein Erfolg für die ganze Region. <http://www.tagesschau.de/ausland/arabischeraufstand100.html> (Stand: 2011-02-16) (Zugriff: 2011-04-06).
- LOEWE, M. (2011): Tunesien hat mehr Chance auf Demokratie als Ägypten. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/aegypten-tunesien-reformfaehigkeit?page=1> (Stand: 2011-02-16) (Zugriff: 2011-04-09)
- NACHRICHTEN.AT (2011a): Auch die Saudis wehren sich gegen Aufnahme von Tunesiens Diktator. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,536836,B> (Stand: 2011-01-18) (Zugriff: 2011-04-10).
- NACHRICHTEN.AT (2011b): „Tod dem Diktator“, brüllen die Volksmassen in Bahrain und Libyen. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,558217,B> (Stand: 2011-02-19) (Zugriff: 2010-04-10).
- NEWS.AT (2011): Kurzes Luftholen auf der Insel Lampedusa: Tausend Tunesier fahren zurück nach Hause. <http://www.news.at/articles/1114/12/293588/kurzes-luftholen-insel-lampedusa-tausend-tunesier-hause> (Zugriff: 2011-04-10).
- ORF.AT (2011a): Über 20 Tote bei Unruhen in Tunesien. <http://orf.at/stories/2035472/> (Stand: 2011-01-10) (Zugriff: 2011-04-07).
- ORF.AT (2011b): Demonstrationen forderten Todesopfer. <http://news.orf.at/stories/2041822/2039744/> (Stand: 2011-02-12) (Zugriff: 2011-04-09).
- ORF.AT (2011c): „Tag der Reinigung und des Gerichts“ <http://orf.at/stories/2052055/2052056/> (Stand: 2011-04-09) (Zugriff: 2011-04-10).
- RIANOVOSTI.RU (2011): Massenunruhen in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens – Chronologie. <http://de.rian.ru/politics/20110203/258261221.html> (Stand: 2011-02-03) (Zugriff: 2011-04-07).
- RICHTER, ST. (2011): Libyen. Ein Revolutionsstaat am Ende. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/libyen-revolutionskomitees?page=1> (Stand: 2011-02-21) (Zugriff: 2011-04-09).
- RIEGERT, B. (2011): Fluchtpunkt Europa – wie die EU damit umgeht. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14844726,00.html> (Zugriff: 2011-04-10).
- STERN.DE (2011): Proteste im Jemen. Wieder sterben Demonstranten. <http://www.stern.de/politik/ausland/proteste-im-jemen-wieder-sterben-demonstranten-1672716.html> (Stand: 2011-04-10) (Zugriff: 2011-04-10).

- SPIEGEL ONLINE (2011): Tunesiens Regierung wirft Ben Ali Hochverrat vor.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,749241,00.html> (Stand: 2011-03-04)  
(Zugriff: 2011-04-07).
- TAGESSCHAU.DE (o. J.): Animationen. Arabische Welt im Wandel.  
<http://www.tagesschau.de/multimedia/animation/animation202.html> (Zugriff: 2011-04-08).
- TT.COM (2011): Volksaufstände auf Arabischer Halbinsel – Was bisher geschah.  
<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikContainer/2464802-8/volksaufst%C3%A4nde-auf-arabischer-halbinsel---was-bisher-geschah.csp> (Stand: 2011-03-25) (Zugriff: 2011-04-10).
- VON RANDOW, G. (2011): Blumen für die Panzer. Straßenkomitees und die Armee sichern Tunesiens neue Freiheit. Was kommt jetzt? <http://www.zeit.de/2011/04/Tunesien-Volksaufstand> (Stand: 2011-01-19) (Zugriff: 2011-04-07).
- YOUNGCARITAS (2011): Libyan Arab Jamahiriya Crisis: Humanitarian Snapshot.  
[http://www.youngcaritas.ch/media\\_features/gf/Karte\\_ReliefWeb\\_Libyen\\_22032011.pdf](http://www.youngcaritas.ch/media_features/gf/Karte_ReliefWeb_Libyen_22032011.pdf) (Zugriff: 2011-04-10)
- ZEITonline (2011): Chronologie: Vom Aufstand zur Intervention. <http://www.zeit.de/news-032011/20/iptc-bdt-20110319-450-29352636xml?page=1> (Stand: 2011-03-20)  
(Zugriff: 2011-04-09).